



Niederschrift 21. Öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Bildung und Sport

| | |
|------------------------|---|
| Sitzungstermin: | Dienstag, 28.09.2010 |
| Sitzungsbeginn: | 17:45 Uhr |
| Sitzungsende: | 20:20 Uhr |
| Ort, Raum: | Stadthaus, Raum 1.077, Friedrich-Ebert-Str. 79/81, Potsdam |

Anwesend sind:

Ausschussvorsitzender

Herr Michael Schröder CDU Leitung der Sitzung

Ausschussmitglieder

Frau Hella Drohla DIE LINKE
Herr Stefan Wollenberg DIE LINKE
Herr Volker Klamke SPD Teilnahme von 18:20 Uhr bis 19:50 Uhr
Herr Andreas Menzel Grüne/B90 Teilnahme ab 18:55 Uhr

sachkundige Einwohner

Herr Hans-Joachim Ziebarth CDU
Frau Sabine Bittrich Migrantenbeirat
Herr Florian Engels SPD Teilnahme bis 19:00 Uhr
Frau Beate Kruczek FDP
Herr Frank Prinz-Schubert Die Andere Teilnahme von 17:50 Uhr bis 19:50 Uhr
Frau Inge Stab Grüne/B90 Teilnahme ab 17:55 Uhr
Herr Dr. Alexander Steinicke DIE LINKE Teilnahme ab 18:00 Uhr

Beigeordnete

Frau Dr. Iris Jana Magdowski

Gast

Frau Josefine Ewers FB Schule und Sport
Frau Dr. Roswitha Voigtländer FB Öff. Weiterbildung
Frau Heike Lupuleak Musikschule
Herr Eckhard Dörnbrack Staatliches Schulamt
Herr Bernd Richter KIS
Frau Angela Frevert Kreisschulbeirat
Frau Anja Hendel Alpha-Bündnis Potsdam
Frau Susanne Herrmann Vhs Potsdam
Dr. K. Schröter BIP Kreativitätszentrum
gGmbH
Herr Jan Brunzlow PNN

Frau Carola Hein
Frau Gudrun Wildgrube

MAZ
Ausschussbetreuerin

Nicht anwesend sind:

Ausschussmitglieder

| | | |
|--------------------------------|-----|--------------|
| Frau Dr. Manja Orłowski | SPD | Entschuldigt |
| Frau Martina Engel-Fürstberger | FDP | Entschuldigt |

sachkundige Einwohner

| | | |
|------------------|-----------|--------------|
| Herr Sven Stolpe | DIE LINKE | Entschuldigt |
|------------------|-----------|--------------|

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Begrüßung durch die Schulleiterin der Rosa-Luxemburg-Schule
- 3 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 22.06.2010 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung
- 4 Präsentation der Befragung "Jugendkultur in Potsdam"
- 5 Nutzungseinschränkungen des Kammermusiksaales der Städtischen Musikschule
- 6 Warum brauchen wir Grundbildung für Erwachsene in Potsdam
- 7 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
 - 7.1 Sitzungskalender 2011
Vorlage: 10/SVV/0553
Vorsitzender der StVV
 - 7.2 Übertragung der Entscheidungsbefugnisse über die Verwendung von Sachmitteln des Schulträgers auf die Schulen
Vorlage: 10/SVV/0629
Fraktionen SPD, CDU/ANW, FDP
 - 7.3 Die klingende Grundschule
Vorlage: 10/SVV/0632
Fraktion CDU/ANW, Fraktion SPD
 - 7.4 Ausschusszuständigkeitsordnung der Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 10/SVV/0633
Servicebereich Recht
 - 7.5 Weiterführende Schule im Potsdamer Norden
und Bericht der Elternbefragung - Anwahlverhalten
gem. 09/SVV/1165
Mitteilungsvorlage: 10/SVV/0597
FB Schule und Sport

- 8 Mitteilungen der Verwaltung
- 8.1 Sportplatz Hans-Sachs-Straße
Bericht gem. 10/SVV/0319
siehe Sitzung am 25.05.2010, TOP 3.2
- 8.2 Mehr kommunale Verantwortung für Bildung
Bericht der Arbeitsgruppe
gem. 09/SVV/0137
- 9 Sonstiges
- 9.1 Vorstellung des Jahresprogramms der Volkshochschule "Albert Einstein"

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Nachdem Beschlussfähigkeit festgestellt wird, eröffnet der Ausschussvorsitzende um 17:45 Uhr die Sitzung.

zu 2 Begrüßung durch die Schulleiterin der Rosa-Luxemburg-Schule

Dieser TOP entfällt.

zu 3 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 22.06.2010 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Herr Schröder begrüßt Herrn Dörnbrack, der zukünftig als Vertreter des Staatlichen Schulamtes Brandenburg an der Havel an den Sitzungen teilnehmen wird.

Er stellt fest, dass die Einladung zur Sitzung fristgemäß zugestellt wurde, jedoch die Ladung nicht ordnungsgemäß erfolgt ist. Kurzfristig wurde der Sitzungsort von der Rosa-Luxemburg-Schule in das Stadthaus, Raum 1.077 verlegt.

Herr Schröder fragt, ob es Einwände gibt, die Sitzung durchzuführen.

Da das nicht der Fall ist, wird die Sitzung durchgeführt.

Es gibt keine Änderungswünsche zu der mit der Einladung ausgereichten Tagesordnung. Zu TOP 6 liegt ein Antrag auf Rederecht für Frau Hendel vor, dem die Ausschussmitglieder zustimmen. Gegen den öffentlichen Teil der Niederschrift der Sitzung vom 22.06.2010 gibt es keine Einwände.

Beschlusstext:

Der Ausschuss für Bildung und Sport stimmt der Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 22.06.2010 in der vorliegenden Fassung zu.

Abstimmungsergebnis: keine Gegenstimmen

zu 4 Präsentation der Befragung "Jugendkultur in Potsdam"

In Vorbereitung der Sitzung haben die Ausschussmitglieder die Ergebnisse und eine Zusammenfassung der Repräsentativumfrage zur Jugendkultur in Potsdam erhalten.

Frau Dr. Magdowski verweist darauf, dass das Unternehmen TNS Emnid mit der Studie beauftragt war. Im Bildungsausschuss möchte sie schwerpunktmäßig nur auf den Teil kultureller Bildung verweisen, der Volkshochschule, Musikschule und Bibliothek tangiere. Die Studie stelle fest, dass die Stadt- und Landesbibliothek eine der bekanntesten Einrichtungen der Jugendkultur in der Stadt sei. Diese positive Wahrnehmung sei vor allem bei Oberschülern und Gesamtschülern festzustellen. Bei Gymnasiasten in der beruflichen Bildung und bei Studenten betrage der Bekanntheitsgrad über 60 Prozent. Die Volkshochschule habe dagegen nur einen Bekanntheitsgrad von 16 Prozent. Das könne sich jedoch mit dem Umzug in den Wissenspeicher ändern. Die Musikschule habe insgesamt eine gute Resonanz. Die Studie weise darauf hin, dass für die genannten Einrichtungen in allen Schichten und über alle Schulformen großes Interesse bestehe. Das heißt dass die Einrichtungen gute Arbeit leisten, was Kreativitätsförderung angehe. Die Studie zeigt, dass viele junge Leute, die in Potsdam leben, mit den Angeboten zufrieden seien. Wünschenswert wären mehr Sportangebote, besonders für den öffentlichen Bereich.

Der Ausschuss für Bildung und Sport nimmt die Informationen zur Kenntnis.

zu 5 Nutzungseinschränkungen des Kammermusiksaales der Städtischen Musikschule

Frau Lupuleak erklärt, dass die Musikschule im Juni 2010 über eine Nutzungseinschränkung des Kammermusiksaales auf 17 Personen informiert wurde. Zum Ende des Schuljahres geplante Veranstaltungen mussten demzufolge kurzfristig ausgelagert oder abgesagt werden. Inzwischen habe man Lösungen gefunden. In diesem Zusammenhang dankt sie besonders der Schulleiterin des Einstein-Gymnasiums für die Unterstützung. Der KIS habe inzwischen ein Brandschutzgutachten in Auftrag gegeben. Man hoffe nun auf eine baldige Mängelbeseitigung.

Herr Schröder verweist auf ein Gespräch mit dem Leiter der Feuerwehr, wonach die Möglichkeit der Deckensanierung unabhängig von der Sanierung der gesamten Musikschule erfolgen könne. Dann müsse der Kammermusiksaal nicht als Gesamtinvestition betrachtet werden. Er möchte wissen, welche Maßnahmen aus Sicht des KIS vorgesehen seien.

Herr Richter verweist darauf, dass das Brandschutzgutachten vorliege. In Abstimmung mit der Bauaufsicht und der Feuerwehr werde man auf Grundlage des Gutachtens entsprechende Planungen beauftragen. Die Bauaufsicht fordere einen 2. Rettungsweg. Es handele sich um ein Gesamtinvestitionsvolumen von 170 T€ . Die Baumaßnahme könnte im ersten Halbjahr 2011 abgeschlossen sein.

Herr Schröder möchte wissen, wo die Forderung für den 2. Rettungsweg herkomme.

Herr Richter erklärt, dass die Musikschule ein Sonderbau sei, so dass die

Bauaufsicht jederzeit Forderungen erheben könne. Der KIS habe sich diesen Forderungen zu beugen.

Frau Kruczek fragt, wo der 2. Rettungsweg sein solle.

Herr Richter verweist auf die noch nicht vorliegende Planung.

Frau Drohla ist verwundert, dass man für die Musikschule jetzt eine Diskussion über Brandschutz führe, da diese erst 1995 grundsaniert wurde. Sie fragt nach, wie lange die Lösung mit dem Einstein-Gymnasium machbar sei.

Frau Lupuleak informiert, dass der Veranstaltungskalender der Musikschule für ein halbes Jahr herausgegeben sei und man sich vorerst bis Januar 2011 abgestimmt habe.

Herr Engels möchte wissen, für wie viele Personen der Kammermusiksaal normalerweise ausgelegt war.

Frau Lupuleak erklärt, für 68 Personen.

Herr Richter verweist darauf, dass die Feuerwehr gegenüber der Bauaufsicht Empfehlungen ausspreche und diese gegenüber dem federführenden Amt verfüge, welche Maßnahmen erforderlich seien.

Frau Dr. Magdowski möchte wissen, ob die Bauaufsicht von den Empfehlungen der Feuerwehr abweiche.

Herr Richter erklärt, er habe die Aussage der Feuerwehr nicht dabei. Im Ergebnis habe die Bauaufsicht etwas anders verfügt.

Herr Schröder erklärt, dass es nächste Woche ein Gespräch mit Herrn Hülsebeck und Herrn Richter geben werde. Er scheue sich nicht, auch mit dem Bauamt zu reden.

Herr Engels verweist auf bisherige Diskussionen zum Brandschutz im Bildungsausschuss. Im Sinne der Erhaltung der Arbeitsfähigkeit der Schulen seien der KIS und die Bauaufsicht aufgefordert worden, Brandschutz mit Augenmaß zu betrachten.

Herr Schröder schlägt vor, das Thema Brandschutz auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu nehmen und Vertreter der Feuerwehr, der Bauaufsicht und des KIS einzuladen.

Die Ausschussmitglieder unterstützen diesen Vorschlag.

zu 6 Warum brauchen wir Grundbildung für Erwachsene in Potsdam

Frau Dr. Voigtländer erläutert, dass sich das MBS seit 2004 des Themas Grundbildung angenommen habe. Im Laufe der Jahre wurden mit Hilfe des LISUM und unter Hinzuziehung von Kursleitern auch der Potsdamer Vhs standardisierte Module der Grundbildung entwickelt.

Im Jahr 2008 wurde Potsdam als einer von 6 bundesweiten Modellstandorten von EQUALS ausgewählt, in dessen Ergebnis das Alpha-Bündnis Potsdam gebildet wurde. Die Förderung über das EQUALS-Projekt sei im September 2010 ausgelaufen und man überlege nun, wie die Netzwerkarbeit weitergeführt werden

könne.

Die Ausschussmitglieder haben in Vorbereitung der Sitzung Informationsmaterial erhalten.

Frau Hendel, Kursleiterin an der Volkshochschule und Koordinatorin von EQUALS sowie des Alpha-Bündnisses Potsdam, führt aus, warum Grundbildung erforderlich sei.

Herr Engels verweist darauf, dass es ab 2013 keine ESF-Mittel mehr gebe und fragt nach der Finanzierung.

Frau Hendel erklärt, dass die Finanzierung der Netzwerkarbeit und die Finanzierung der Kurse zwei verschiedene Dinge seien. Es gehe zunächst um die Netzwerkarbeit und ab 2013 um die Fortführung der Kurse.

Frau Dr. Voigtländer informiert, dass die Volkshochschule eine halbe Stelle beantragt habe. Diese wurde durch die Beigeordnetenkonferenz bestätigt. Wunsch sei, dass die Netzwerkarbeit über diese Stelle fortgeführt werden könne. Befürchtungen gebe es hinsichtlich der Befristung der Stelle.

Frau Dr. Magdowski erklärt, dass man hier einen kleinen Schritt gemacht habe.

Herr Schröder bittet um Erinnerung, wenn die Stelle ausläuft, damit die Entfristung Stelle beantrag werden könne.

Herr Wollenberg möchte wissen, wie die Netzwerkarbeit bisher abgesichert war.

Frau Dr. Herrmann informiert, dass sie bisher durch das Projekt gefördert worden sei. Die Arbeit wurde aufgebaut und betreut. Jetzt müsse man sehen, wie man die Arbeit in kleinen Schritten fortsetze.

Frau Drohla erklärt, dass sie das ausgereichte Material mit Interesse gelesen habe. Sie fragt, was man konkret tun könne und wo man Schnittstellen finde, um Geld abzuschöpfen.

Herr Ziebarth verweist darauf, dass er sich in seiner Funktion als Vorsitzender des Weiterbildungsbeirates mit dem MBSJ unterhalten habe. Das Land sei hier in der Pflicht.

Es schließt sich die Diskussion an.

Herr Schröder bemerkt, dass es ein haushaltsrelevantes Problem sei.

zu 7
zu 7.1

**Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
Sitzungskalender 2011
Vorlage: 10/SVV/0553**

Frau Dr. Magdowski informiert, dass sie den Sitzungstermin Bildungsausschuss im Januar 2011 nicht wahrnehmen könne.

Herr Schröder bittet um Abstimmung der Vorlage.

Beschlusstext:

Der Ausschuss für Bildung und Sport beschließt den Sitzungskalender 2011 als

Arbeitsgrundlage für die Stadtverordnetenversammlung, ihre Fraktionen und Ausschüsse in der vorliegenden Fassung.

Abstimmungsergebnis:

| | |
|------------------|---|
| Zustimmung: | 4 |
| Ablehnung: | 0 |
| Stimmenthaltung: | 0 |

zu 7.2 Übertragung der Entscheidungsbefugnisse über die Verwendung von Sachmitteln des Schulträgers auf die Schulen
Vorlage: 10/SVV/0629

Herr Schröder bringt folgenden **Ergänzungsantrag** ein:

Dazu ist mit einer Schule ein Pilotprojekt durchzuführen. Über die Ergebnisse ist am Ende des Schuljahres 2010/2011 zu berichten.

Frau Drohla hält es nicht für nötig, dass mit Projektschulen gearbeitet werde. Dem Antrag müsse in jedem Fall zugestimmt werden. Sie schlägt folgenden **Änderungsantrag** vor:

Im Beschlusstext wird „*mindestens in dem Umfang, wie diese für Lehrmittel bestimmt sind*“ gestrichen. Es wird ergänzt: „*Dazu sind Sachmittel exakt zu definieren.*“

Herr Ziebarth verweist darauf, dass man von Lehr- und Lernmitteln sprechen müsse, sonst mache der Antrag keinen Sinn.

Frau Drohla sieht den Antragstext weitergehend. Es solle genau definiert werden, was Sachmittel sind.

Frau Ewers erklärt, dass der Fachbereich Schule und Sport bisher als Dienstleister für die Schulen fungiert habe. Durch die dezentrale Beschaffung verschaffe man sich Preisvorteile, die Schulen nicht erreichen können. Man müsse gut überlegen, ob jede einzelne Schule Beschaffung machen sollte. Sie plädiere für Pilotschulen, um nach einem Jahr zu sehen, ob es etwas gebracht habe. In diesem Zusammenhang verweist sie auf das Projekt MoSeS, welches sich gut bewährt habe. Bei MoSeS habe es eine Definition für Sachmittel gegeben. Man könnte auf die Erfahrungen dieser Schulen aufbauen und Zuwendungsbescheide für die Schulen machen. Vorher müsse man sich aber über verschiedene Dinge einigen, da die Schulen Rechenschaft über den Umgang mit dem Geld ablegen müssen. Die rechtlichen und organisatorischen Fragen müssten zunächst mit den Schulleitern, dem Bereich Finanzen, dem Rechnungsprüfungsamt und dem Rechtsamt abgestimmt werden.

Herr Klamke meint, man solle es nicht so kompliziert machen. Schulen seien mit Vorstellungen an Stadtverordnete herangetreten.

Frau Drohla könnte auch mit Pilotschulen leben. Man sollte es aber versuchen.

Herr Schröder räumt ein, dass es vielleicht Verwaltungsvorschriften gibt, die man nicht überblicke. Er sei für Pilotschulen, um zu testen und in der praktischen Umsetzung zu sehen, wo sich Stolperfallen zeigen.

Herr Wollenberg erklärt, dass die Tatsache, dass Schulen allein entscheiden können, die gemeinsame Beschaffung nicht ausschließe. Durch den Fachbereich Schule und Sport könnten den Schulen Angebote empfohlen werden. Der Effekt

einer Pilotschule müsse sich nicht für alle Schulen einstellen.

Frau Frevert sieht viele Vorteile aber auch Nachteile. Sie schlägt vor, die Problematik im Kreisschulbeirat zu besprechen. Es gebe sicher auch Schulleiter, die sich das nicht zutrauen, obwohl es dem Willen des Schulgesetzes entspreche.

Herr Schröder schlägt vor, den Antrag zurückzustellen.

1. Frau Frevert soll die Problematik im Kreisschulbeirat und Herr Menzel im Landeselternrat besprechen.
2. Die Verwaltung wird gebeten interne Festlegungen der Beschaffung zu durchleuchten und aufzuschreiben, wo es Interessenkonflikte geben könnte.

Der Antrag wird zurückgestellt.

Es gibt keine Gegenstimmen.

zu 7.3 **Die klingende Grundschule** **Vorlage: 10/SVV/0632**

Frau Drohla hält das Anliegen der Kammerakademie für ein sehr schönes und möchte das Engagement nicht einschränken. Der Projektinhalt sollte jedoch Grundanliegen eines guten Musikunterrichtes jeder Schule sein. Die Prüfung einer finanziellen Beteiligung des Landes halte sie nicht für erforderlich, weil ein guter Unterricht an den Schulen die Forderung des Projektes erfüllen müsse. Der Antrag werde so nicht mitgetragen. Allerdings könne das Projekt der Kammerakademie in Ganztags- oder Kooperationsangebote für Schulen eingebracht werden.

Herr Menzel hält es für ein zusätzliches und hilfreiches Angebot, das man prüfen sollte. Seine Erfahrung sei, dass Musikunterricht an Schulen ausfalle.

Frau Drohla meint, das Projekt falle in die Unterrichtszeit. Man sollte sich eher dafür einsetzen, dass Musik und Kunsterziehung an der Universität Potsdam nicht eingeschränkt werden.

Herr Schröder verweist darauf, dass es ein Prüfauftrag sei und bittet die Verwaltung um Stellungnahme.

Frau Lupuleak erklärt, dass die musische Bildung grundsätzlich wichtig sei. Im Antrag gehe es nur um eine Grundschule. Ansatz sollte sein, dass es an vielen Grundschulen stattfinden könne. Dazu gebe es bundesweit und landesweit verschiedenste Konzepte. Verwiesen wird auf das Modell des Landes Brandenburg „Klasse! Musik für Brandenburg“. Die Städtische Musikschule kooperiert im Rahmen dieses Modells mit der Grundschule Max Dortu und der Rosa-Luxemburg-Grundschule. Der Ansatz der Kammerakademie sei anders. Hier erhalten die Kinder keinen Instrumentalunterricht im Klassenverband, sondern jeweils nur einen zeitlich begrenzten Workshop, der eine Heranführung an klassische Musik, insbesondere Orchestermusik ermöglichen soll. Insofern könnte das vorgestellte Konzept eine mögliche und wertvolle Ergänzung sein. Bei der Musikschule Potsdam besteht grundsätzlich Offenheit, gemeinsam zu agieren. Ein denkbarer Ansatz wäre, dass gleichaltrige Kinder, die in der Musikschule Potsdam ein Instrument erlernen, einbezogen werden. Ebenso könnten Lehrkräfte mit ihren spezifischen Erfahrungen zum Einsatz kommen.

Nach erwecktem Interesse für ein Instrument könnte der Instrumentalunterricht in der Musikschule weitergeführt werden. Dafür müssten allerdings auch neue Ressourcen zur Verfügung gestellt werden. Sowohl die entstehenden, als auch die Folgekosten für das Projekt „Die klingende Grundschule“ müssten zunächst durch die Kammerakademie Potsdam in einem Finanzkonzept dargestellt werden. Eine Finanzierung mit den vorhandenen Ressourcen sei nicht möglich.

Herr Schröder wirbt für den Antrag und lässt ihn abstimmen.

Beschlusstext:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, ob und wie das Projekt „Die klingende Grundschule“ der Kammerakademie Potsdam evtl. unter Einbeziehung der Musikschule Potsdam für Potsdam umgesetzt werden kann.

Dabei ist eine mögliche finanzielle Beteiligung des Landes Brandenburg zu prüfen.

Der Stadtverordnetenversammlung ist ein erster Bericht zur Dezembersitzung 2010 vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

| | |
|---------------|---|
| Zustimmung: | 3 |
| Ablehnung: | 1 |
| Stimmhaltung: | 1 |

**zu 7.4 Ausschusszuständigkeitsordnung der Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 10/SVV/0633**

Herr Menzel vermisst das Selbstbefassungsrecht. Er stellt den Antrag aufzunehmen, dass sich der Ausschuss mit jeder Sache, mit der er sich befassen möchte, selbst befassen kann.

Herr Schröder meint, dass es ein Selbstbefassungsrecht gebe.

Herr Dr. Steinicke unterstreicht dies.

In der Diskussion können sich die Ausschussmitglieder nicht einigen, ob das Selbstbefassungsrecht mit § 1 Abs 2 geregelt sei.

Herr Schröder bittet die Verwaltung die bisherige Fassung der Ausschusszuständigkeitsordnung der Landeshauptstadt Potsdam zu besorgen und den Antrag 10/SVV/0633 zurückzustellen.

Dem wird einstimmig zugestimmt.

Der Antrag wird zurückgestellt.

**zu 7.5 Weiterführende Schule im Potsdamer Norden
und Bericht der Elternbefragung - Anwahlverhalten
gem. 09/SVV/1165
Mitteilungsvorlage: 10/SVV/0597**

Frau Dr. Magdowski informiert über das Ergebnis der Elternbefragung. Danach wünschen die meisten Eltern die Möglichkeit des Abiturs nach 13 statt nach 12 Jahren. Man möchte sich die Möglichkeit einer langen schulischen Laufbahn offen halten. Ruf und Profil der Schule haben erhebliches Gewicht. Nicht so wichtig sei die Schulform selbst.

Frau Ewers informiert, dass der Rücklauf der zweiten Befragung Ende September erfolge. Das Ergebnis werde Mitte Oktober vorliegen. Hier wurden Eltern der 7. Klassen der drei Gesamtschulen 9, 38 und 46 befragt.

Frau Frevert sieht einen Widerspruch darin, wenn Eltern sich für eine Schulform entscheiden, aber die Masse ein Abitur in 13 Jahren wünsche.

Frau Ewers erklärt, dass die Schulform als solche nicht das Thema sei. Es gebe in Potsdam auch eine Gesamtschule, die das Abitur nach 12 Jahren anbiete.

Herr Menzel sieht einen Widerspruch zwischen Abitur in 13 Jahren und Durchlässigkeit.

Frau Dr. Magdowski verweist auf das Bedürfnis der Eltern, ihren Kindern mehr Zeit zu geben das Abitur abzulegen. Eltern meinen, wenn sie eine Gesamtschule wählen, haben sie die Offenheit gewählt. Problem sei aber, dass die Gesamtschulen nur überleben können, wenn sie im 11. Jahrgang von ausreichend Schüler angewählt werden. Die Gesamtschulen haben gegenwärtig einen hohen Leistungsdruck, um diese Klassen zu errichten.

Herr Ziebarth verweist darauf, dass man das Abitur nach 13 Jahren in Brandenburg auch an einem beruflichen Gymnasium machen könne.

Frau Drohla wartet mit großem Interesse auf das Ergebnis der zweiten Befragung. Dann habe man ein komplexes Bild und könne Entscheidungen treffen.

Der Ausschuss für Bildung und Sport nimmt die Mitteilungen zur Kenntnis.

Beschlusstext:

1. Der Entwicklungsträger Bornstedter Feld ist beauftragt, folgende Standorte für die Errichtung einer weiterführenden Schule zu prüfen:

- B-Plan Nr. 80.2 „Rote Kaserne West“, nördlich der Esplanade
- B-Plan Nr. 42.3 „Kaserne Pappelallee/Fachhochschule, Baufeld Gewerbegebiet“

Die Prüfung erfolgt für eine vierzügige Schule (Sek I und Sek II). Darüber hinaus sollen Aussagen zur Möglichkeit der Erweiterung der Schule und zu Sportanlagen gemäß Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 02.09.2009, DS 08/SVV/1052, getroffen werden.

2. Als eine Entscheidungsgrundlage für die Schulform (Gesamtschule oder Gymnasium) und die Profilierung wird eine Elternbefragung gemäß dem in der Anlage beigefügten Fragebogen an den städtischen Grundschulen der Sozialräume I und II durchgeführt.

Abstimmungsergebnis: keine Gegenstimmen

zu 8
zu 8.1 **Mitteilungen der Verwaltung**
Sportplatz Hans-Sachs-Straße
Bericht gem. 10/SVV/0319
siehe Sitzung am 25.05.2010, TOP 3.2

Herr Richter informiert, dass es nach der Sommerpause Gespräche und rege Diskussionen mit den nutzenden Schulen, der Bürgerinitiative Westkurve und dem Planungsbüro gegeben habe. Es wurden die jeweiligen Bedarfe und Wünsche diskutiert und zusammengefasst. Auf dieser Grundlage erstelle das Planungsbüro bis Ende Oktober Entwurfsvarianten und ermittle die dazugehörigen Kosten. Der KIS werde sich die Ergebnisse aus Sicht der Wirtschaftlichkeit ansehen. Ziel könnte sein, 2011 mit vorbereitenden Maßnahmen zu beginnen, so dass der Platz 2012 gestaltet werden könne.

Herr Menzel möchte wissen, ob man das beschleunigen könne und ob es eine ordentliche Anwohnerbeteiligung gebe.

Herr Richter erklärt, es gebe seitens der Schulen und der Bürgerinitiative unterschiedliche Bedarfssituationen für die Nutzung des Platzes, keine Konflikte.

Frau Dr. Magdowski erklärt, dass man sich zu Prioritäten abstimmen müsse.

zu 8.2 **Mehr kommunale Verantwortung für Bildung** **Bericht der Arbeitsgruppe** **gem. 09/SVV/0137**

Anhand einer Präsentation erläutert **Frau Ewers** die Ergebnisse der 1. Beratung vom 27.05.2010 und der 2. Beratung vom 08.07.2010. Die AG habe sich entsprechend den Foren des Bundesprogramms als erstes mit dem Übergang Kita – Grundschule beschäftigt. Es wurde festgestellt, dass es keine systematische Vernetzung gebe. Nach der gesetzlichen Regelung (§ 19 BbgSchulG), sind diese Institutionen zur Zusammenarbeit verpflichtet. Es sei notwendig, weiter zu systematisieren und zu institutionalisieren. Zu betrachten sei, wie klappt die Kommunikation, man muss Kommunikationsplattformen schaffen. Man müsste sich vernetzen. In der zweiten Beratung sei man in Details gegangen. In Potsdam gibt es einen Familienatlas und es gibt die Sprachstandsfeststellung. Es gibt eine Lenkungsgruppe Kita-Schule, die dabei ist, das zu institutionalisieren. Es gibt Gorbiks (Gemeinsamer Orientierungsrahmen des Landes). Nach der Befassung mit diesem einen Thema „Übergänge“ soll die dritte Beratung zum Ziel haben, wieder zum Grundgedanken, ein kohärentes kommunales Gesamtkonzept zu entwickeln, zurückzukommen. Man müsse die Weichen stellen, ob man dies mit externer Begleitung tun wolle. Mit Bordmitteln könne man dieses große Thema nicht abwickeln. Der vorgeschlagene Termin (12.10.2010) sei wegen der Ferien zu überdenken.

Herr Menzel verweist auf die Beratung zum Thema im Bundeselternrat. Er habe hier Gleiches gehört und bedankt sich für die Ausführungen. Das Büro transfer e. V. habe Hilfestellung für alle Bundesländer angeboten. Er möchte die Kontaktadresse zur Verfügung stellen (<http://www.transfer-ev.de>).

Frau Drohla dankt und lobt Frau Ewers für die geleistete Arbeit. Die übrigen Ausschussmitglieder schließen sich dem an.

zu 9 **Sonstiges**

Herr Schröder informiert, dass die nächste planmäßige Sitzung am 26.10.2010 vorgesehen ist. Weder er noch Frau Dr. Orłowski können diesen Termin wahrnehmen. Es schlägt als neuen Sitzungstermin den 19.10.2010 vor.

Die Ausschussmitglieder verständigen sich dazu, dass die Oktobersitzung am 19.10.2010, um 17.30 Uhr im Stadthaus, Raum 1.077 stattfindet.

Es gibt keine Gegenstimmen.

zu 9.1 Vorstellung des Jahresprogramms der Volkshochschule "Albert Einstein"

Frau Dr. Voigtländer hat die neuen Programmhefte der Volkshochschule ausgelegt. Neues gibt es beim Angebot der Familienbildung. Sie verweist auf den Kurs „Starke Eltern-starke Kinder“, der vom MBSJ gefördert wird. Die Volkshochschule ist lizenzierte Einrichtung, um Sprachprüfungen abzunehmen. Das wird auch Schulen angeboten. Es ist ein Kinospot geschaltet, der vom Deutschen Volkshochschulverband vorbereitet wurde. Damit möchte man junge Menschen für die Angebote der Volkshochschule gewinnen. 34 Prozent der Kursteilnehmer seien unter 36 Jahre alt.

Herr Menzel informiert über eine Befragung, die der Landeselternrat zum Thema „Wie die Mitwirkung in den Schulen Brandenburgs dezentral gelebt wird“ durchgeführt hat. Die Fragebogen aus Potsdam seien bisher nicht zurückgekommen.

Herr Dörnbrack bietet an, die Fragebogen erneut über das Staatliche Schulamt an die Schulen zu verschicken.

Michael Schröder
Ausschussvorsitzender

Gudrun Wildgrube
Ausschussbetreuerin